

## Geschichte der jüdischen Gemeinde Nürnberg-Fürth im 19. und 20. Jahrhundert

Nürnberg hat 1498/99 erzwunglich seine Juden aus der Stadt verwiesen. Einige der Emigranten fanden offensichtlich neben vielen anderen jüdischen Umsiedlungsplätzen in der benachbarten Stadt Fürth, wo sich Bamberg und Ansbach bekanntlich um die jeweiligen Hoheitsrechte stritten, doch beide nahmen Juden in der Stadt unter ihrem Schutz. Einmal sind Juden in Fürth in dem älteren Gerichtsbuch der Stadt von 1448 nachweisbar, doch scheint der eigentliche Zuzug erst im 16. Jh. erfolgt zu sein, als auch die gegenreformatorische Bewegung seine Juden auswirft, wobei wirtschaftliche Gründe sicher mit eine Rolle spielen. Um 1720 betrug die Zahl der jüdischen Einwohner in Fürth ca. 1500 und im Jahr 1815 zählte man 2434 Juden bei insgesamt 12.960 Einwohnern. Die Fürther Judengemeinde — unter der Leitung eines „Kahal“ — nahm eine gewisse Ausnahmestellung unter den anderen Gemeinden in Franken, ja ganz in Deutschland ein. Dem der Nürnberger Dompropst Otto Philipp von Gumbenberg, als einer der Stadtherrn, schloß 1719 das „Reglement für gewisse Jüdenschaft in Fürth“, in welchem alle Freiheiten und Rechte der jüdischen Einwohner Fürths ausnahmslos und kodifiziert wurden. Darin wurde allen jüdischen Familien gegen entsprechende Schutzgeld der Schutz für Menschen und Eigentum zugesichert; weiterhin erhielten sie die Erlaubnis, beliebig viele Synagogen zu errichten; die Judengemeinde hatte eigene Gerichtshakamim, sie besaßen eigenmächtig Rabbiner, Vorsänger, Lehrer und Eisengräber. 2 Personen waren sogar in der Gemeindeversammlung vertreten. Nur bei Streitfällen mit Christen mußten sich auch die Juden dem christenrechtlichen Gericht unterstellen.

Von dieser Minderheit und selbstgewollt privilegierten Gemeinde in Fürth aus erfolgten auch wesentliche Ansatze zum Judentum von 1815 der königlich bayrischen Regierung. Der Fürther Isak Elkan Hecht nämlich veröffentlichte 2 Jahre zuvor eine Schrift unter dem Titel „Über die Verfassung der Juden im Königreich Bayern und die Verbesserung derselben zum Nutzen des Staats“. Dieses Werk wies er dem entscheidenden Mann in München, dem Grafen Manteuffel, Herde forderte darin für die Juden die vollen Bürgerrechte und Bürgerpflichten, wie sie auch für Christen galten; außerdem forderte er, daß die Juden auch zu anderen Berufsweigen zugelassen würden, nicht nur zum Handwerk, und schließlich verlangte er ein eigenes israelitisches Konsistorium.

Das bayerische Edikt von 1813 ging dann zwar noch nicht so weit, doch ein Anfang für die Emanzipation war gemacht. Zunächst wurden gewisse bürgerliche Rechte an die Indigenat gebunden, also an die alte Wohnorts, während der Neuzug von Juden nach Bayern verboten wurde. Weiterhin mußten sich alle Juden in einer Judenmatrikel erfassen lassen und sich dabei einmündigen Familienangehörigen, deren Wahlbüchsen fast ausnahmslos selbst überlassen wurde. Zu Anzeichen wie in Österreich kam es dabei praktisch nie. Erheblich wurde dagegen die Anreizgebung, während ihnen andererseits von alle Berufsarten offenstanden — zumindest theoretisch.

Die Judengemeinde in Fürth, die im 19. Jh. etwa konstant rund 1/3 der Gesamtbevölkerung ausmachte, lebte aber auch nach dem Edikt von 1813 vorwiegend vom Handel, besonders vom Ansbacher, Weichsel- und Javelengeschäft, während die Nürnberger Juden hauptsächlich Kleiderhandel betrieben. Einige besaßen auch kleine Spinnfabriken. Erst langsam drangen die Juden auch in andere Berufsweige ein. 1851 gab es bei 77 Familien innerhalb 14 Fabrikanten, 41 Handwerker und 27 freie Gewerbetenen, wie Vergolder, Glaskünstler usw.

In Fürth ließ sich auch der erste jüdische Rechtsanwalt in Bayern, Dr. Gumbel, 1843 nieder, der 1. jüdische Landtagsabgeordnete in München war Dr. Mosgenstein aus Fürth (1849) und zum 1. jüdischen Schuldirektor in Bayern an einer staatl. Schule aus Fürth Dr. Neumann in Fürth ernannt.

Das wirtschaftliche, politische und kulturelle Bild der Stadt wurde also wesentlich durch den jüdischen Bevölkerungsanteil bestimmt, und zwar nach der Emancipation in ständig wachsendem Maße. Zahlreiche jüdische Kräfte, z. B. Nathan oder Berolzheimer, unterstützten die Stadt auf sozialen und kulturellem Gebiet. Hochachtungswürdig aber gelang es der Gemeinde nicht mehr, die 1824 eingegangene Talmschule, also eine Hochschule für Rabbiner und Religionslehrer, wiederzuerheben zu lassen; dagegen gab es seit 1862 eine israelitische Bürgerschule, die zur israelitischen Realschule erhoben wurde.

Das Reichsgesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinschaften vom Frühjahr 1918 setzte dem Mittelstand, traditionellen jüdischen Fürsten Synagogengemeinden einseitiges Ende. Die nachfolgenden Deportationen beeinträchtigten auch das physische Leben jüdischen Lebens in Pilsch.

In Nürnberg verlief die Geschichte der Jugendgemeinde etwas anders. Hier gab es keine alte Tradition mehr, hier mußte im 19. Jh. ein Neuanfang gemacht werden. So dauerte es noch lange Jahre, selbst nach dem Edikt von 1813, bis in Nürnberg die ersten Juden sich niederlassen konnten. Zunächst wurde nur die Genehmigung für einen „temporären Aufenthalt“ gewährt, d. h. konkret: für einige Monate dürfen auswärtige Juden in der ehemaligen Reichsstadt einen bestimmten Beschäftigung nachgehen und auch hier wohnen. Dies gab z. B. für den Juden Dr. Cassmann aus Brüssel, einen israelitischen Redakteur, wie auch für Dr. Philipp Frenn vom „Correspondenten“, der 1848 heftig für die Münchener Emancipation eintrat und für die großdeutsche Lösung. Allerdings war der „Correspondent“ mehr als alle anderen Nürnberger Zeitungen dem Königtum treu geblieben, vorweg monarchisch-konservativ, d. h. also nur sehr gemäßigt liberal und im vollsten Sinne staatsfern.

Erster Vollbürger Nürnbergs war der Ausweisung der Juden 1498/99 wurde nämlich 1818 der Großhändler Josef Kohn aus Markt Erlbach. Der Magistrat hatte sich 9 gegen 8 Stimmen seiner Einbürgerung ergrimmigt; daran konnte sich ein anonymes Brief nicht mehr ändern, in dem behauptet wurde, Kohn sei einer der „stärksten Mitglieder des demokratischen Vereins“. Mit Kohn war ein Präzedenzfall geschaffen, die Anwesenheit weiterer Juden bot nun keine Schwierigkeiten mehr. Beweis: fünf Jahre später wohnten schon 21 Judenfamilien in Nürnberg.

Die bayerische Regierung in München hob 1868 auch die letzten Schranken in der Behandlung der Juden auf, die völlige rechtliche Gleichstellung wurde geschaffen. Damit stand Bayern kollektiv an der Spitze der Befreiungsbewegung der Juden. In England hatte es sowieso keine Einschränkungen gegeben; in Holland und Frankreich bestand die Gleichberechtigung seit der großen Revolution; in Deutschland wurde die Emancipation 1851 in Hessen-Kassel durchgeführt 1847 in Preußen und 1867 Österreich. In Rußland dagegen kam es noch immer zu Pogromen.

Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Nürnberg verdeutlichen wohl am besten folgende Zahlen:

1852	87 Personen	1900	3 958 Pers. (= 2,89% d. Gesamtbevölkerung)
1871	1 851 Personen	1900	7 815 Pers. (= 2,35% d. Gesamtbevölkerung)
1890	3 052 Personen	1925	8 003 Pers. (= 2,89% d. Gesamtbevölkerung)

Dieser enorme Zuwachs resultierte selbstverständlich nicht aus explosionsartigen Geburtensteigerungen, sondern aus dem Zuzug von Juden aus den Dörfern und Märkten des gesamten Nordbayerischen Raumes. Weitmas an der Spitze der Herkunftsorte steht dabei Pilsch, dann folgen Bamberg, Heilsdorf, Adelsdorf und Selmsdorf.

Hingewiesen sei jedoch auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungskraft der jungen Gemeinde: beim Erwerb eines Friedhofs konnten 1867 ohne Schwierigkeiten 10 000 fl aufgebracht werden, wie auch die gesamte Unterhaltung und Versorgung der Alten, Armen und Kranken von der Gemeinde selbst und allein geleistet wurde, und zwar im „Israelitischen Wohltätigkeitsverein für Krankenhilfe und Sterbehilfe“ oder durch den „Israelitischen Hilfsverein“ oder auch den „Israelitischen Frauenwohltätigkeitsverein“.

Das zahlreichste Anzeichen der israelitischen Kultusgemeinde machte nun auch den Bau einer Synagoge als religiösem Zentrum notwendig sowie die Schaffung einer Rabbinatsstelle. 1874 konnte die Synagoge am Spitalplatz eingeweiht werden. Dabei wird

der 1. Bürgermeister der Stadt, Otto Fels, von Strömer, daraufhin, daß es für ihn eine besondere Ehre sei, die Platten der neuen Synagoge zu öffnen, nachdem einer seiner Vorläufer, nämlich Ulman Strömer, für die Anweisung der Juden 1148/49 verantwortlich gewesen sei. — Auf diesen Anspruch des Bürgermeisters Strömer wird später nochmals in anderem Zusammenhang zurückgegriffen werden müssen.

Zur inneren Entwicklung der Kultusgemeinde, über die einzelnen Rabbiner, über den Streit zwischen Orthodoxen und Liberalen, kann ich nicht viel sagen — davon verstehe ich wenig. Ich will Ihnen stattdessen nur das Wirken einiger jüdischer Persönlichkeiten im öffentlichen Leben der Kommune aufzählen.

Im politischen Leben der Stadt spielte als erster Dr. jur. David Morgensztern eine Rolle, der den Wahlkreis Nürnberg in München im Landtag vertrat (1848-55). Große Verdienste erwalt sich auch der Rechtsanwalt Wolf Frankensburger, der 1860-89 als Mitglied der Fortschrittspartei in München und in den 70er Jahren zugleich auch Mitglied des Reichstages war.

Bekanntlich gehörten auch nur zu den Begründern und Führern der sozialistischen Bewegung. Auch in Nürnberg war einer der bedeutendsten frühen Sozialdemokraten ein Jude, nämlich Gabriel Löwenstein, der in einem Nachruf 1901 als Mentor der Arbeiterbewegung in Nürnberg-Fürth bezeichnet wurde. Er stammte aus einfachen Verhältnissen, begann als Werkzeugführer und lernte schließlich den „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“, den Vorläufer der „Fränkischen Tagespost“. Während der Jahre des Sozialisierungskampfes verbrachte er mehrere Monate im Gefängnis; 1894 wurde er in den Landtag gewählt, wozu 12 Jahre lang Mitglied blieb. Sein Nachfolger, der Jude Dr. Max Süßmann, spielte noch während der Weimarer Republik eine wichtige Rolle in der Nürnberger und in der bayerischen Politik.

Der außerordentlich wirtschaftliche Aufschwung der Judengemeinden im 19. Jh. sowie ihr offenes politisches Engagement ließen sich vorerstündlich nach Neid und Mißgunst und Antisemitismus wehren, der sich später mit anderen Beweggründen im Antisemitismus paarte. Wir müssen deshalb an dieser Stelle einige Dinge zu diesem innerer wieder geläufigeren Vorwurf sagen. Grundsätzlich kann von einer „Überbesetzung“ mit Juden nur in einigen Berufen und in wenigen — freilich zum Teil einflußreichen — Wirtschaftszweigen gesprochen werden, nämlich vor allem im Privatbankwesen, im Großhandel, im Metall- und Geschloßhandel, im Hopfenhandel und Viehhandel und in der Textilwirtschaft. Die Privatbanken in Nürnberg waren fast ausschließlich in jüdischem Besitz, dergleichen der Hopfenhandel. Am Aufschwung Nürnbergs zur Industriestadt war besonders die Metallindustrie entscheidend beteiligt. Auch hier hatten die Juden hohen Anteil — ich erinnere nur an die Firmen Hercules, Triumph, Victoria und Max in der Zwerndornherstellung oder an die Ringelbe Fabrik zur Spielzeugherstellung; ferner erinnere ich an die Kaufhäuser Tietz oder an die Manner-Ecke.

Der wirtschaftliche Erfolg der Juden erzeugte — was in allen Zeiten zu beobachten ist — Konkurrenzneid und Ressentiments, jetzt besonders beim Kleinbürgertum und beim mittelständischen Handel. Die Juden wurden nun verantwortlich gemacht sowohl für die kapitalistische Wirtschaft wie auch für die Gegenbewegung, den Sozialismus. Vom Kapitalismus wie vom Sozialismus aber übte sich der Mittelstand bedroht, und so wandten die Juden nun Ständerbuch für diese seine Existenz gefährdende Entwicklung gegenüber.

Dieser neue Antisemitismus, der in einem andern Maßstabe ist und auch von anderer Qualität ist als der Judenthum im Mittelalter und im Altes Reich, war in den Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg in Bayern und in Nürnberg speziell nur sehr vereinzelt zu beobachten. Es war dies mehr eine Sache des protestantischen Norddeutschland.

Auf dem bänklichen Flachland isolierten sich zwar häufiger Stimmen gegen die Juden, doch war alles deshalb, weil hier die Juden auch immer die wichtigsten Kreditgeber waren und im Falle von Verschuldungen nicht abgaben, auch die sog. Güterverrentungen vorzunehmen, was sie ohne Hülfsleistung der Bevölkerung vor sich ging. Ingefallene ideologische Hintergründe sind dabei nicht zu erkennen.

Dies änderte sich schon im Verlauf des 1. Weltkrieges, als den Juden offen — sicher in

manchen Fällen auch gerecht — Lebensmittelmisbräucher und Feindesfeindinnen vorgeworfen wurden und ihnen schließlich 1918 in einer in Berlin gedruckten Heftbeilage sogar die Schuld am Kriegsausbruch zugesprochen wurde.

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches, die Novemberrevolution, die Kommunistischen Räterepubliken brachten eine völlig neue Phase im deutschen Antisemitismus. Den Juden selber bracht die Republik zwar gewisse konkrete Verbesserungen, doch wurde die Revolution von den meisten Juden ebenfalls abgelehnt, da sie in ihrer politischen Einstellung bürgerlich-liberal waren, oder sogar monarchistisch-konservativ gesinnt. „Landesgesetz ist Religionsgesetz“, predigte der Nürnberger Rabbiner Dr. Prudensthal, und allein der Mehrheitsentscheid Dr. Max Stählerin war unter den Rednern anlässlich der Ausrufung der Revolution am 9. Nov. 1918 im Luisenpark. Und doch verbanden sich im Reich wie auch in Nürnberg mehr und mehr Nationalismus, Reaktion und Antisemitismus, gab man immer öftener den Juden die Schuld an den revolutionären Ereignissen, speziell den „Judenbrüchen jüdischen Schicksals“ in München, sowie an dem „Schwundfährten“ von Versailles. Der Haß steigerte sich schließlich zum politischen Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und in Bayern an Kurt Eisner und Gustav Landauer, die für die „Rote Revolution“ in München verantwortlich gemacht wurden.

In dieser turbulenten Zeit nach 1918 war in Nürnberg herrschender Volksschullehrer Julius Streicher zum Anführer der Antisemiten geworden. Seit 1920 erschien der Stürmer-Vorläufer „Deutscher Sozialist“, später „Deutscher Volkswille“, und seit 1923 dann „Der Stürmer“. Damit rückte Nürnberg mehr und mehr in das Zentrum der haßerfüllten Judenhetze in Deutschland. Dies konnte auch der Nürnberger „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ nicht verhindern, der in Prozessurteilungen mit beschämendem Worten an die Verurteilten der Blätter appellierte:

„In den letzten Wochen sind gewissenlose Hetzer am Werk, um den konfessionellen Frieden in unserer Vaterstadt zu stören und zu untergraben. Bisher lebten sämtliche Konfessionen in Frieden und Eintracht nebeneinander und wirken zum Wohl des Ganzen. Jetzt werden Flugblätter, Zeitungszufügen niedrigsten Inhalts verbreitet. Artikel, in denen sich die Verfasser gegen den Vorwurf, als seien sie Antisemiten, zu wehren, die aber von den übrigen Antisemiten herbeigeholten und den Antisemiten nur Wäzzer auf die Mäuler stellen, erscheinen in den verschiedensten Zeitungen. Die christlichen Mitglieder des Vereins, die demselben in großer Zahl angehören und aus den verschiedensten Berufsständen sich zusammensetzen, erachten es ihre verständliche Pflicht, gegen die unerhörte Verunglimpfung ihrer jüdischen Mitbürger hier und anderwärts einschließendes Vorgehen einzuleiten. Unsere jüdischen Mitbürger haben an der Front und in der Heimat ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, wie sie auch in Friedenszeiten auf allen Gebieten werktätiger Menschlichkeit bewiesen, wo immer sich hierzu ihnen Gelegenheiten geboten hat. Mitbürger, laßt Euch durch dieses jenseitig rechtlich denkenden Menschen beschämende Treiben nicht beeinflussen: wahrt Euren Menschenwürde! Denkt an die hohe Kulturwelt, auf der bisher das deutsche Volk gestanden!“

Julius Streicher war 1922 mit seinem Anhang in die NSDAP eingetreten. Auf der Gründerversammlung sprach er ganz offen seine und der Partei Ziele aus: „Das Ziel des Nationalsozialismus ist eine Umgestaltung Deutschlands von Grund aus, eine Revolution, nicht ein bloßer, braunereller Aufbau. Um geht der Kampf ums Leben. Die Kernfrage dieses Kampfes aber ist und bleibt die Judenfrage. Die deutsche Frage ist nicht zu lösen ohne die Judenfrage“. Ich meine, diese Aussage war eindeutig, sie brauchte keine weitere Erklärung.

Im Kampf und in der Hetze gegen „Aljude“ waren Streicher und seine Nazis nicht wilderisch in ihren Methoden: Prügelstrafen, Denunziationen, blässrige Verleumdungsmund Anschuldigungen, besonders angebliche Vergewaltigungen von Mädchen und Einzelmädchen, aber auch gewalttätige Einbrüche in Jüdischenwohnungen und Beförigung der Familien wurden auf dem Programm.

Der „Stürmer“ fuhr — ungehindert von der Öffentlichkeit oder der Justiz — fort mit

seiner Haß-, Furcht und Neidpropaganda, die durch die Karikaturen von Philipp Rupprecht unter dem Pseudonym „Fips“ verbreitet wurden. Er erwiderte den berüchtigten „Solmar-Juden“ in den verschiedenen Hoften mit seinem bekannten Konstruktions-„Fips bediente sich der . . . Typisierung des sogenannten Charakterjuden, dem er weitere überaus merkwürdige, die die Häßlichkeit der Fips und damit den heillosigen Haß unserer Kultur. Dabei kam die überdimensionale Nase gewissermaßen die Funktion eines Kaimstrichens der jüdischen Rasse zu erfüllen. „Fips“ verleihe seine schwarzbirnenen Kerne . . . eine immense Lebensfülle, kräuselte, kurze Brise, übergrünte Flartülle und lange, dicht behaarte Arme und Hände, die durch eine heulige Körperhaltung nach vorne hingen. Auf dem halbrunden Körper war ein dicker Kopf mit aufgeborenen, kräftigen Gesichtszügen aufgetropft, dessen hervorstechende Augen, riesige blaugraue, aufgeworfene Lippen und gekrümmtes Haar als Belohnung gelächelt waren“. Meistens wurde er als Neumacher dargestellt, umgeben von Geldstücken, Aktienpapieren, einem Taktmaßband und häufig in einäuslichen Szenen mit „arischen“ Mädchen. Daneben wurden dann germanische Recken mit dem Hakenkreuz am Kappelschloß gezeigt. Und immer wieder dasselbe Thema: Unter der Überschrift „Das die Laed“ war auf der Titelseite der Nr. 19 des Jahrgangs 1933 ein totes Mädchen zu sehen, das von zwei Männern aus dem Hofl getragene wird, darunter stand zu lesen: „Gut im Himmel, dem Apotheker sein Geschenk. Sie hat auch töllen müssen, daß sie mit dem Juden gegangen ist. Der Schuft hat heute a solche Juden gebräutet“.

Das jeweilige Höhepunkte in der öffentlichen Judenhetze erleben die Nürnberger an den Reichsparteitagen, den berüchtigt-berühmten Demonstrationen pseudo-religiöser Gigantomachie mit heftigen Rufen, Aufmarsche, Fahren, Standortenweife, Fackelzug durch die Nacht und ständige Hetzreden gegen Alljude.

Die geistige Herabsetzung machte den Juden in Nürnberg das Leben in den 1930er Jahren immer schwerer. Sie fanden kaum noch Wohnungen; ihre Geschäfte wurden kopuliert durch Verwechslung „arischer“ Geschäfte und Läden; Friedhöfe- und Synagogenehördungen waren zu belegen. Die gesellschaftliche Isolation nahm zu; die Diskriminierungen drangen bis in die Schulen, wo sich die Kinder von ihren Mitschülern mitleidlich und verspottet haben.

Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß keineswegs alle Nürnberger sich von dem Rassentwahn anstecken ließen. Dies gilt vor allem für die beiden Kirchen und ihre Gemeinden. So sprach sich z. B. der Hauptpastor in St. Sebald, Dr. Geyer, nicht, ständig in seinen Predigten gegen „Die verrückten Rassentwänge der Gegenwart“ auszukämpfen.

Doch die Stimmenhaltung der Nacht nahm zu — auf die komplexen Hintergründe für dessen Zustand zu den Nazis und den Niedergang der Republik können wir hier nicht eingehen. Ich darf nur folgende Zahlen nennen: Die Zahl der NSDAP-Wähler verdoppelte sich zwischen 1930 und 1932 beinahe und in der Wahl am 3. März 33 erreichten die Nazis 44% der Stimmen. Die Machtübernahme auch in Bayern war unausweichlich.

Am 9. März endlich — für viele Nazis viel zu spät — riefen die Braunbrüder in München und Nürnberg die Macht an sich. Auf der Polizeidirektion, auf dem Rathaus und auf der Kaiserburg wurden unter Glückwünschen die Hakenkreuzfahnen aufgezogen. In der Nacht stürmten SA-Trupps die Gebäude der Metall-Arbeiter-Gemeinschaft und der „Frankischen Tagespost“ (SPD-Blatt) und zerstörten die Druckmaschinen. In den nächsten Tagen erfolgten Wellen von Verhaftungen und blutigen Terrors gegen Linke und gegen Juden, wobei Streicher zynischerweise von der bawerischen Kulturgemeinde sogar noch verlangte, daß sie für die Kosten der Aktiven und Anschuldungen aufkam.

Die meisten Juden waren sich wohl im klaren, was die Machtübernahme durch die Nazis bedeute, wenn sicher auch nicht in der letzten Konsequenz. Trotzdem richtete der Rat des Verbandes israelitischer Gemeinden noch am 16. März 33 an den kommissarischen Ministerpräsidenten in Bayern, den Ritter von Epp, folgendes Telegramm: „Wir sind uns bewußt, daß die Einstellung hiesiger nationaler Kreise, von unrichtigen Vorstellungen geleitet, sich gegen uns richtet. Wir, als die öffentlich-rechtliche Vertretung der bawerischen Juden, haben es darum für notwendig, Ihnen, Herr Ministerpräsident, als dem Leiter des bawerischen Staates, folgendes darzulegen. Wir wenden uns gegen die Angriffe, die sich gegen die Juden in ihrer Gesamtheit richten und uns in unserer nationalitätlichen Einstellung

beraubtwilligen suchen. Unserer Religion gebietet uns, Achtung und Ehrfurcht der Regierung zu erweisen und dem Staat zu dienen. Wir wollen diese religiöse Verpflichtung auch weiter mit vollem Harnen erfüllen. Verbunden sind wir, nicht nur staatsbürgerlich, sondern stiftungstreu, dem bayerischen Boden, den wir als unsere Heimat lieben. Wir fühlen uns eines mit dem deutschen Volk, dessen Schicksal wir geteilt haben. Auch wir haben ein Seelen für unser deutsches Vaterland gekämpft und dem unser Blut geopfert; unsere Sehnsucht und Hoffnung und unermüdete Arbeit gilt seinem Wiederaufstieg. Wir glauben, daß Deutschlands Erneuerung eine so schwere und heilige Aufgabe ist, daß sie die Mitarbeit aller Kräfte erfordert, die willens sind, sich voll einzusetzen für die Größe des Reiches. Daraus gebietet es uns unsere vaterländische Pflicht, Ihnen, Herr Ministerpräsident, von unserem Wunsch und festem Willen Kenntnis zu geben, dem großen Werk des deutschen Aufbaus zu dienen und in unserem bescheidenen Teile mitzubehalten, die deutsche Zukunft in Ehren zu gestalten“.

Dieses Schreiben war unterzeichnet von dem Nürnbergger Rabbiner Dr. Friedenthal. Glaube er wirklich auch, daß die Juden bei der „Erneuerung Deutschlands“ ihren Anteil leisten könnten! Die Ernüchterung erfolgte sogleich. Für den 1. April hatte Gottlieb zu einem allgemeinen Kongress der jüdischen Geschäfte aufgerufen. Und der „Leitender von Franken“, Schriftf. der „Frankenblätter“ wie er sich dann nannte, ließ sich diese Möglichkeit nicht entgehen. Ein „Zentralkomitee zur Abwehr jüdischer Gesetz- und Boykottpropaganda“ wurde gebildet unter dem Vorsitz von Schriftf., das die einzelnen Boykottmaßnahmen organisierte und kontrollierte. Und doch fanden sich immer noch Tapteln, die an den Wachen vorbeigingen, die beim Verlassen der Warenhäuser dann Schreitrufe und Beschimpfungen auf sich nahmen. Die Geschäfte selbst wurden durch Plakate oder Beschriftungen gekennzeichnet. Diese Aktionen waren aber nur der Anfang einer langen Kette von Maßnahmen, deren Ziel die völlige Verdrängung oder Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftleben war.

Züricher wurden die jüdischen Beamten ausgeschaltet. Durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 35 wurden alle Juden aus den Beamtensstellen entlassen. In Nürnberg traf diese Maßnahme unter anderem Prof. Dr. Nathan, den Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Staatlichen Krankenhauses, wie auch den Stadtschulrat Dr. Mäurer, der sich durch die Einrichtung einer Sonderkindergartens besonderen Ansehen erwarb.

Nach dem Beamten kamen die Rechtsanwälte an die Reihe. Das „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ ebenfalls vom April 35 verbot Juden die Anwaltschaft und nahm nur diejenigen aus, die bereits am 1. August 1914 tätig waren oder im 1. Weltkrieg an der Front gekämpft hatten — diese Willkürmaßnahmen führte in Nürnberg dazu, daß die Hälfte der Nürnberger Rechtsanwälte und Richter ihre Ämter und Funktionen niederlegen mußten. Dabei erfolgte die „Arisierung“ auch solche Personen, bei denen nur einem Elternteil oder gar Großeltern die Ariernachweis fehlte.

Hinzu kamen auch noch einige besonders sozial diskriminierende Maßnahmen aller Schattens. So durften die Juden keine Schweineställe mehr besuchen, nicht jüdische Frauen und Mädchen, die Beziehungen zu Juden hatten, wurden mit geschorenem Kopf und entsprechendem Plakaten um den Hals durch die Stadt geführt. Die meisten Juden ertrugen ihr Schicksal mit Würde. Das Gemeindeblatt vom 1. Mai 1935 schrieb: „Die politische Umwälzung in unserem Vaterland hat unabweislich Juden vor eine Situation gestellt, der wir nur mit dem Höchstmöglichen Selbstbestimmung und Selbstverleugung, von Gemeinschaftsgeist und Vorgesinnungsbewußtsein begegnen können. Freilich nicht zum ersten Male in der Geschichte hat das Schicksal uns harte Prüfungen auferlegt; gar viele Stürme sind im Laufe der Jahrtausende über uns hinweggeblasen. Die Lebenskraft und der Lebenswille des Judentums, von einer hohen Daseinsaufgabe erfüllt, gingen immer doch immer ungeschwunden den Kämpfen hervor. Und so soll auch das kleine Leid der Gegenwart kein schwaches Geschlecht finden. Es soll uns nicht verbittern und kleinmütig machen. Voll Glaubensstärke wollen wir mit dem Blick auf unsere Ahnen in der Überwindung des Leids eine stielche

Aufgabe unseres Judentums erfüllen. Vor allem heißt das Gebot der Stunde Einheit und Fröhe in den eigenen Reihen. Galt es doch, alle Kräfte, die man stellen wie die geistigen, zusammenzufassen, um bereits erkrankte Existenzen zu stärken, um die noch gefochten zu ermuntern und sie vor dem Abgleiten in Verzweiflung und Fatalismus zu bewahren. Mit aller Energie müssen die schwierigen Fragen der Berufsbeschaffung, etwa notwendigen Berufswechsels und der Schule zur bestmöglichen Lösung gebracht werden. Dieser Dampfer der Geschlossenheit, repräsentiert durch einengliedrige Organisation, muß der gesamten Hilftätigkeit der Juden wirksam sein, wenn ihr ein größerer Erfolg beschieden sein soll. Mehr denn je verlangt endlich unsere schicksalsgeliebte Gemeinschaft von ihren Gliedern stilles Verweilensbewußtsein im Privat- wie auch im Berufsleben. Die gesamte Lebensführung sei gekennzeichnet durch Zurückhaltung, Bescheidenheit und rationales Auftreten, reise Pflichterfüllung und Würde“.

Viele Juden sahen — vielfach von ihren arischen Mitbürgern dazu ermuntert und finanziell unterstützt — aus den erdarrenden Verdingen die Konsequenzen und wanderten aus, im 1. Halbjahr 1933 allein fast 1000.

Manche Juden hatten hierzu aber nicht mehr die Möglichkeit. Sie kamen in „Schutzhaft“ nach Dachau, wie der Rechtsanwalt Rosenfelder, Dr. Theodor Katz, Hans Max Cohen und andere, wo sie in Tode geschunden wurden. Im Sommer 33 wurden auch die Mitglieder der beiden Nürnberger Lagervereinigungen erfüllt und auf einen SA-Sparrplatz zusammengepöckelt, wo sie u. a. mit den Zäunen des marzipan und Hundekot abdecken mußten. Inszeniert hatte diesen makabren Spiel der SA-Oberführer von Obernitz, ein ganz besondere Baubestand Freuchen.

In der Geschichte des Nationalsozialismus erlangte Nürnberg namige, weltweite Bekanntheit nicht allein durch die Reichsparteitage, sondern darüber hinaus weltweit durch die sog. „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935 „zum Schutze des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre“, und das „Reichsbürgergesetz“, welche die Gesetzesgrundlagen für die antisemitische Praxis bis hin zur „Endlösung“ schufen und darstellten.

Zu welchen konkretesten Verbrechen diese Rassengesetze führten, zeigte der Fall Leo Katzenberger, der ein einem deutschen Ehepaar befreundet war. Mordehand wurde sein Umgang mit dieser Familie bsperrt und dann Anklage wegen „Judenfeindlichen Verhaltens“ erhoben, obwohl alle Beteiligten beschworen, daß es nie zu Intimitäten gekommen sei. Katzenberger wurde von dem Richter Buchung zum Tode verurteilt, die Frau wegen Mitleids zu hohen Gefängnisstrafen. — Der Fall wurde nach dem Krieg mehrfach aufgerollt.

Selbstverständlich konnte in der Stadt der Reichsparteitage die Synagoge nicht stehen bleiben, das „Wahrzeichen der Judentum“, der „Schandfleck Nürnbergs“, wie es in der Nazi-Presse hieß. Während im ganzen Reich die Synagogen in der Krisalnacht (9./10. November 38) zerstört wurden, erfolgte der Abbruch der Nürnberger Synagoge am Haupt-Sachs-Platz bereits im August 1938, offiziell begründet als Maßnahme im Zuge der baulichen Neugestaltung der Stadt der Reichsparteitage.

Die entsprechende Meldung in der parastatlichen „Friedlichen Tageszeitung“ hieß: „In den geringen Vormittagsstunden wurde der Abbruch der Nürnberger Synagoge auf dem Haupt-Sachs-Platz im Rahmen einer Kundgebung des nationalsozialistischen Nürnberg begonnen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine grundlegende und richtungweisende Ansprache von Julius Freuchen. Die begonnenen Arbeiten wurden bis zum Beginn der kommenden Reichsparteitage bereits vollendet sein. Das Recht in dieser notwendigen Säuberung des ehrentätigen Nürnberger Altstadtbildes gab das Gesetz, das Nürnberg in die Reihe der deutschen Städte einordnet, deren Ausbau und Wiederherstellung im Namen des Reiches geschieht“. Und der Sprecher der „Bauherrn und der gesamten Bevölkerung Nürnberg“ dankte dem Oberbürgermeister Lorber für diese Tat, und zugleich wurde im Anzeiger der OB das Bild des damaligen jüdenfeindlichen Bürgermeisters von Bremer ausgestellt.

Die zweite jüdenfeindliche Synagoge Nürnbergs in der Judengasse wurde dann in der

Katzenlaute strahlte. Von den Vorgängen im Verlauf dieser geübten Aktion, einer Lebrung von SA-Oberst, haben wir mehrere Augenzeugenberichte, von denen der von Bernhard Kolb hier zitiert sei:

Zahlreiche Juden wurden erwischt, andere verübten Selbstmord. Insgesamt kamen allein 26 Juden um, wahrscheinlich starben noch viele an den Folgen dieser Nacht.

Am Sonntag darauf nahm Pfarrer Wilhelm Geyer in seiner Predigt in der Lorenzkirche in aller Öffentlichkeit und mit allem Nachdruck Stellung gegen die Vorgänge der Nacht; stürmische Gestühle der Pfarrer St. Lorenz traten nach der Predigt vor dem Altar auf und sprachen laut die 10 Gebote.

Die Vorgänge in Nürnberg am Freitag und seine Folgen, besonders im Zusammenhang des Zwangsarbeitsprogramms der Wirtschaft bezogen auch die Reichleitung zu interessieren, wobei die persönliche Antipathie zwischen Streicher und Göring, bzw. zwischen Streicher und dem Nürnberger Polizeipräsidenten Dr. Martin, „Häuptling Martin in Nürnberg“ eine wichtige Rolle spielte. Anfang 39 wurde von Göring eine Kommission eingesetzt, welche die Nürnberger Arbeitsvorgänge durchleuchtete. Dabei kamen schwerwiegende Unentschieden und persönliche Beziehungen der örtlichen Parteiführer zum Vorschein, voran von Streicher, seinem Adjunkten König, der sich opferte mochte, und Karl Holz. Die Kommission machte schließlich 500 arisierte Grundstücke aus im Wert von 12-15 Mill. RM, die weit unter Wert in den Besitz der Partei-Bauern Übergangswort waren und diese schnell weiterveräußert wurden, dazu Aktien-Pakete, wertvolle Einrichtungsgegenstände, Bilder, Schmuck usw.; besonders beliebt waren Autos, für die nicht einem 10% ihres wahren Wertes bezahlt und bezahlt wurde. Streicher u. B. erworb für 5000 Mark Autos der May-Werke, deren Neuwert allein 112.500 Mark betrug, von einem Juden, der nach Dachau gebracht wurde. Streicher legte dieses Geld sogleich für seine Güter - Mosenhof und Pleisendorf an.

Die Recherchen der Kommission führten schließlich zu einem Verfahren beim Obersten Parteigericht gegen Streicher. „Als obren Kampfgefährten Hinder“ wurden ihm Rang und Würden eines Gauleiters belassen, doch wurde er „von der Führung der Geschäfte entbunden“, „da er zur Menschführung nicht geeignet sei“. Sein Satz wurde als offiziell bekanntgegeben, doch wirkte vieles durch Streicher selbst auf seinem Gut Pleisendorf bei Kaufenburg und gab weiterhin den Störmer heraus.

Über die Verhältnisse der Nürnberger Judengemeinde, über die „Einklösung“ will ich nicht viel sagen. Ich will hier nur die Zahlen sprechen lassen. 1942 lebten in Nürnberg 2366 Juden, davon wanderten bis Ende 1939 insgesamt 5658 aus, so daß am 1. 1. 40 nur noch 2628 Juden in der Stadt der Reichsparteiangehörige lebten. Ein großer Teil davon der Auswanderung war Dr. Martin, der Polizeipräsident, der sogar beim Reichsicherheitshauptmann in Berlin erreichte, daß plandrierte Züge zur spanisch-portugiesischen Grenze bereitgestellt wurden. Vor allem über die Industrie- und Handelskammer drängte Martin auf die Emigration, und resultiert verringerte sich die Zahl der Nürnberger Juden bis November 41 auf ca. 1880. Dann begannen die Deportationen.

Die Verbliebenen mußten aber zusehen sein Kriegsbeginn verschärkte schikanöse Maßnahmen erdienen: ab 20 Uhr Ausgangsverbot; keine Lebensmittelmarken für Fleisch, Fisch, Geflügel, Obst, Eier und Milch, Tabak und Schnaps. Seit dem 15. September 41 mußten sie den Jackentag tragen; die Luftschutzkeller durften sie nicht betreten.

Die Kolonnenführer gab ihren Mitgliedern folgende Verhaltensmaßregeln bekannt:

1. Zeig Dich in der Öffentlichkeit so wenig wie möglich!
2. Suche Dein Ziel schnellstens auf dem kürzesten Wege zu erreichen unter möglicher Vorbeugung der Hauptverkehrszeiten!
3. Gehe nach Möglichkeit nur allein, höchstens zu zweien, auf der Straße!
4. Bleibe nicht auf der Straße stehen!
5. Nimm in der Straßenbahn nur einen Sitzplatz, wenn Du gebrechlich oder körperbehindert bist!
6. Bleibe nicht an Schaufenstern stehen! Breche nie Deine Einkäufe auf die notwendigsten Fälle!



Die Beachtung der Einkaufszeiten in den vorgeschriebenen Lebensmittelgeschäften wird in Erinnerung gebracht!

- Das raschen in der Öffentlichkeit — auf der Straße und in den Geschäften — unbedingt zu unterlassen!
- Gehet in Deinem eigenen Interesse so anständig wie nur möglich gekleidet!
- Beachtet gemeinsam alle Verkehrsverordnungen!
- Innerehalb der Wohnungen und Häuser ist unter allen Umständen für größtes Ruhe zu sorgen! Lautes Gespräch auf den Treppen und Gängen sowie bei geöffneten Fenstern sind unbedingt zu vermeiden! Das längere Herausgehen aus dem Fruchtbauern ist zu unterlassen! Auf die schweigen Folgen, die aus Missetätigkeiten und Unruhen in den Wohnungen entstehen, wird nochmals nachdrücklich hingewiesen!
- Bedenke, daß Du jetzt auf jede Kleinigkeit Deines Verhaltens hin beobachtet wirst, auch dann, wenn Du Dich unbeobachtet glaubst!

17. September 1941

Der Vorstand der Israel. Kultusgemeinde Nürnberg v. V.

Aber alles Unversuchen und Stillhalten setzen nicht vor der Vernichtung.

Am 29. 11. 1941 erfolgte die 1. Deportation, und zwar nach Riga. Von den 529 Nürnberger Juden in diesem Zug konnten 17 überleben. Insgesamt wandern aus Nürnberg 1610 Juden deportiert, zuletzt nach Theresienstadt und Auschwitz, von denen 72 überlebten. Die Nürnberger Kultusgemeinde errechnete eine Gesamtzahl von 1628 jüdischen Opfern des Nationalsozialismus in Nürnberg.

Dr. Rudolf Erdos, Am den Hauptwachen 18, 8128 Erlangen-Buckenhof

David Schuster

## Die jüdischen Kultusgemeinden in Bayern nach 1945

(Niederschrift des Vortrags, nach Türkensandauerfassung)

Wenn wir von den jüdischen Kultusgemeinden in Bayern nach 1945 sprechen, soll das nicht nur, ohne zwar doch einen kurzen Rückblick zu machen. Denn die jüdischen Gemeinden in Bayern und der BRD sind nicht aus dem Nichts entstanden. Die Beiden des Volkes dahingestellt, das große europäische Judentum vernichtet — nur ein ganz kleiner Teil dieses ehemaligen jüdischen Welt ist übriggeblieben. Was gestern für Nürnberg vorgetragen worden ist, kann — Ausnahmen ausgeklammert — für die ganze BRD Geltung haben.

Das Jahr 1945 ist in der Geschichte der Juden sehr bedeutsam. Es brachte den Übergang zur Freiheit, es bewies ein Regime der Unmenschlichkeit und des Terrors. Im Jahr 1945 öffnet sich die Tore für Tausende von gewarerten, empfangeneren und erwarteten Opfern der NS-Herrschaft, die sich nicht mehr die Kraft hatten, den Weg in die Freiheit zu gehen. Die durch die Jahrhunderte überlieferte jüdische Ordnung und der jüdische Optimismus ist eine Quelle der Hoffnung, — so wie es Hermann Kasper, der allerhand mitmachen mußte, sagt: „Ich lebe gerne“. Innerhalb hat sich gezeigt, daß aus der tiefsten Zerstörung ein Aufbauewerk begonnen wurde. Dabei soll auch die am 15. Mai 1948 entstandene Staat Israel nicht unerwähnt bleiben.

Der Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden begann kurz nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945. Zunächst sind diejenigen Juden in ihrem Heimort wieder in Beschulung getreten, die von Deportationen verschont geblieben waren. Das waren nur solche Juden, die in München lebten. Ein Teil dieser in München lebenden Juden war eigentlich nur noch